

**Rede von Minister Dr. Helmut Linssen, Vorsitzender
des Finanzausschusses des Bundesrates**

Lieber Herr Oswald, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie (fast) alle als Kolleginnen und Kollegen hier begrüßen, verbindet uns doch, dass wir die Funktion eines Finanzausschuss-Vorsitzenden oder einer Finanzausschuss-Vorsitzenden innehaben. Wir haben uns gestern Abend ein wenig kennen gelernt - nicht komplett. Ich darf Ihnen deshalb zu meiner Aufgabe noch etwas sagen, weil sie nicht typisch ist für die Länder in der Union. Ich bin Minister des schönen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen und als solcher gleichzeitig Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundesrates.

„Bundestag“ und „Bundesrat“ - die Worte liegen nah beieinander und doch besteht zwischen beiden Institutionen in Deutschland ein himmelweiter Unterschied, den ich Ihnen kurz darlegen möchte. Der Deutsche Bundestag ist - wie Sie wissen - das direkt vom Volk gewählte Parlament Deutschlands. Da Deutschland ein aus 16 Ländern bestehender föderaler Staat ist, gibt es neben dem Bundestag auch noch den Bundesrat, der sich als Länderkammer aus den Mitgliedern der Regierungen der Länder zusammensetzt. Durch ihn wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit.

Wie in jedem anderen Parlament, so wird die Kärnerarbeit, ohne die im Plenum eines Parlaments nichts läuft, in den Ausschüssen geleistet. Der Bundesrat hat 16 Ausschüsse, und der wichtigste - wie könnten wir das in diesem Kreise verhehlen - ist natürlich der Finanzausschuss. Eine Feststellung, die vermutlich ja bei Ihnen auf

offene Ohren trifft. Jedes finanzwirksame Gesetz durchläuft den Finanzausschuss des Bundesrates und wird dort von den Finanzministern der Länder, die alle im Finanzausschuss vertreten sind, kritisch beleuchtet, mit Änderungsvorschlägen bedacht oder gar abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die heutige Konferenz beschäftigt sich mit der Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen in Anbetracht der Herausforderungen des demographischen Wandels. Ich möchte mich in meinem kurzen Grußwort darauf beschränken, Ihnen darzulegen, wie sich die Bevölkerung in Deutschland voraussichtlich entwickeln wird und worin ich als Finanzpolitiker in erster Linie die Herausforderungen dieses demografischen Wandels sehe.

Die Bevölkerungsprognosen für große Teile Europas sehen nicht gut aus. Lassen Sie mich am Beispiel Deutschlands die zwei wesentlichen Veränderungen aufzeigen, denen wir uns in der Zukunft stellen müssen.

Zum einen wird die Bevölkerung schrumpfen. Darauf hat auch der Kollege Oswald hingewiesen. Dieser Prozess ist schon im vollen Gange. Seit 2003 kann in Deutschland das rasant wachsende Geburtendefizit nicht mehr von der Nettozuwanderung kompensiert werden. Bei Fortsetzung der aktuellen demografischen Entwicklung wird die Einwohnerzahl in Deutschland von fast 82,5 Millionen im Jahr 2005 auf 74 bis knapp 69 Millionen im Jahr 2050 sinken – je nachdem, welche Annahmen man bezüglich Geburtenrate, Lebenserwartung und Zuwanderung trifft.

Der absolute Bevölkerungsrückgang ist die eine große Veränderung – der sich grundlegend wandelnde Altersaufbau der Bevölkerung die andere große Veränderung. Wie sich der Altersaufbau in Deutschland verändern wird, lässt sich sehr gut an

drei Kennzahlen illustrieren: Während 2005 61% der Bevölkerung im so genannten Erwerbsalter von 20 bis 65 Jahre waren, wird dieser Anteil im Jahr 2050 auf etwa 50% abnehmen. Innerhalb dieser Gruppe wird es eine deutliche Verschiebung hin zu den Älteren geben. Der zweite Punkt: Die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 20 Jahren wird schon 2010 fast 10% niedriger sein als heute und dann weiter deutlich abnehmen. Und der dritte: Die Bevölkerung der über 80-Jährigen nimmt unablässig zu: von knapp 4 Millionen im Jahre 2005 auf 10 Millionen im Jahre 2050.

Wesentliche Determinanten für diese Entwicklung sind die gestiegene Lebenserwartung und die rückläufige Geburtenhäufigkeit. Vereinfachend lässt sich sagen, dass die gestiegene Lebenserwartung verantwortlich ist für das Älterwerden der Bevölkerung, während die niedrige Geburtenrate den Bevölkerungsrückgang verursacht. Mit ca. 1,4 Kindern je Frau hat Deutschland im europäischen Vergleich eine besonders niedrige Geburtenrate. Die skandinavischen Länder, Frankreich oder Irland zeichnen sich zwar durch deutlich höhere Geburtenraten aus, liegen aber auch unter der Geburtenrate von 2,1, die für ein Bevölkerungsgleichgewicht bzw. für eine beständige „Reproduktion“ der Bevölkerung, wenn ich es einmal so sagen darf, für erforderlich gehalten wird. Länder wie Griechenland, Spanien, Italien oder Lettland, Ungarn und Tschechien haben mittlerweile sogar eine niedrigere Geburtenrate als Deutschland, aber nur in Deutschland ist eine derart niedrige Geburtenrate bereits seit 30 Jahren anzutreffen. Das hat bei uns dazu geführt, dass sich die Bevölkerung durch Geburten bereits seit einer Generation nur noch zu zwei Dritteln reproduziert. Auch darauf hatte der Kollege Oswald hingewiesen. Das heißt konkret: Seit 1975 haben 1.000 Frauen nur noch 667 Töchter, die das Fortpflanzungsalter erreichen; von diesen Töchtern

können sie unter gleich bleibenden Annahmen noch 445 Enkelinnen, und von diesen nur noch 297 Urenkelinnen erwarten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin gelernter Kaufmann und habe mich in meinem Leben nicht sonderlich viel mit Bevölkerungswissenschaft beschäftigt. Als ich mich aber auf dieses Grußwort vorbereitet habe, ist mir klar geworden, dass der Zinseszinsseffekt, dessen Dynamik selbst einen Kaufmann immer wieder aufs Neue überraschen kann, viel Ähnlichkeit mit den Bevölkerungsprognosen für Deutschland hat – allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen: Je länger eine niedrige Geburtenrate vorherrscht, je länger also der Rückgang der Frauen im gebärfähigen Alter anhält, desto größer wird die Wucht des Schrumpfungsprozesses und desto schwieriger wird es, die Tendenz umzukehren!

Ich habe meine Ausführungen zum demografischen Wandel damit begonnen, dass ich gesagt habe, dass die Bevölkerungsprognosen nicht gut aussehen. Ich gebe zu, dass die Vorstellung einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft in mir keine euphorischen Stimmungen hervorruft. Gleichwohl denke ich, dass man sich – gerade als Finanzpolitiker – versteckter Werturteile hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung enthalten sollte, zumal ja bestimmte Aspekte der Entwicklung – wie zum Beispiel die gestiegene Lebenserwartung – unzweifelhaft als positiv zu bewerten sind. Als Finanzpolitiker sollten wir uns vielmehr darauf konzentrieren, die speziellen und allgemeinen Herausforderungen für die Finanzpolitik zu erkennen, die dieser Prozess des demografischen Wandels mit sich bringt.

Die Herausforderungen für die Finanzpolitik sind mannigfaltig. Sie hier alle im Detail darzustellen, würde mich überfordern und Sie über Gebühr strapazieren. Dennoch

möchte ich beispielhaft einige demografische Herausforderungen für die Finanzpolitik beschreiben, wie sie sich gerade in einem föderalen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland stellen.

Nehmen wir zum Beispiel das staatliche Personal. Große Teile der Beschäftigten des öffentlichen Sektors werden aus den Haushalten der Länder bei uns bezahlt, was vielen gar nicht bewusst ist. Polizisten, Lehrer, Richter und Finanzbeamte sind Beschäftigte der Länder und nicht des Bundes. So liegt die Personalausgabenquote der Länder bei rund 40%, während der Bund nur 10% seiner Ausgaben für Personal aufwendet. Wirft man nun einen Blick in die Zukunft, stellt man mit Erschrecken fest, dass auf die Länder eine große Pensionierungswelle zurollt, wofür sie entweder gar keine oder nur eine völlig unzureichende Vorsorge getroffen haben. Für mein Heimatland Nordrhein-Westfalen werden sich nach einer Modellrechnung die Versorgungsausgaben bis 2028 nahezu verdoppeln: 2001 betrugen sie noch 3,8 Mrd. Euro, 2028 werden sie sich auf rund 7,2 Mrd. Euro belaufen.

Betrachten wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine andere Problemstellung: Was macht eine Stadt, wenn ihr durch rückläufige Einwohnerzahlen unmittelbar die Einnahmen weg brechen, sie aber auf der anderen Seite auf den Kosten ihrer Infrastruktur sitzen bleibt, weil sie diese gar nicht so schnell den gesunkenen Einwohnerzahlen anpassen können? Das ist ein Problem, dem sich bei uns in Nordrhein-Westfalen vor allem die Kommunen im Ruhrgebiet gegenüber sehen. Aber man hat auch leidvolle Erfahrungen vor allem in den ostdeutschen Ländern machen müssen und macht sie immer noch.

Lassen Sie mich noch einen weiteren Aspekt streifen: die Gesundheitsausgaben. Man muss kein Gesundheitsexperte sein, um prognostizieren zu können, dass diese

in einer älter werdenden Gesellschaft weiterhin stark steigen werden. Da tickt eine Zeitbombe in unserem Krankenversicherungssystem, die wir – auch nach noch so vielen Gesundheitsreformen – immer noch nicht entschärft haben.

Es wird deutlich, meine Damen und Herren, dass der demografische Wandel die verschiedenen öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen in ganz unterschiedlicher Weise trifft, und wir müssen aufpassen, dass wir keinen Verschiebepbahnhof zwischen den verschiedenen Bereichen inszenieren, der nur dazu dient, die Verantwortung weiterzureichen, aber nicht dazu geeignet ist, die Probleme zu lösen.

Zum Schluss meines Grußwortes möchte ich Ihnen – jenseits aller komplizierten Detailfragen – die zwei meines Erachtens zentralen Fragen mit auf den Weg geben, die sich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels grundsätzlich stellen. Sie richten sich auch an die Finanzpolitik: Erstens: Wie können wir in Anbetracht einer alternden Gesellschaft unseren Wohlstand sichern? Sie können das auch die Frage nach dem Wachstum des Sozialprodukts nennen. Und zweitens: Wie lösen wir die Verteilungskonflikte zwischen Jungen und Alten, zwischen Eltern und Kinderlosen, ohne dass es zu einer Zerreißprobe für die Gesellschaft kommt?

Lassen Sie mich zu der ersten Frage nach dem Wachstum des Sozialprodukts nur soviel sagen: Wir in Deutschland und Europa können unseren Wohlstand nur mit ganz außergewöhnlichen Bildungsanstrengungen sichern – ganz im Sinne der Lisbon-Strategie der Europäischen Union! Wir müssen uns im Rahmen der Globalisierung und der mit ihr verbundenen fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung auf innovative und hoch produktive Tätigkeiten konzentrieren, und das wird uns nur mit entsprechenden Investitionen in unser Humankapital gelingen.

Die Verteilungsfrage finde ich ungleich schwerer zu beantworten. Eins dürfte aber in jedem Fall klar sein: Wir müssen uns jetzt um solide Staatsfinanzen und um eine Rückführung der Staatsverschuldung kümmern, damit wir den kommenden Generationen genügend Gestaltungsspielraum zur Lösung ihrer Aufgaben überlassen. Und deshalb ist dieses Thema so wichtig. Wir in Deutschland diskutieren jetzt im Rahmen der Föderalismusreform II genau dieses Thema, das ja auch vor allen Dingen aus der Schweiz sehr bekannt ist. Also Schuldenbremse und wie können wir präventiv wirken? Es wäre unverantwortlich, die Staatsschulden einfach immer weiter steigen zu lassen und damit den kommenden Generationen unsere ungelösten Probleme vor die Füße zu werfen!

Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche Ihnen und uns eine anregende Konferenz. Vielen Dank.